

Regierungspartei UMNO für illegal erklärt

Mahathir trickst seine Gegner mit der Gründung einer "neuen" UMNO aus

Am 4. Februar erklärte der Richter Harun Hashim des Hohen Gerichts in Kuala Lumpur die Regierungspartei UMNO zu einer illegalen Organisation. Das Gericht stellte fest, daß 30 Ortsverbände der Partei nicht im Vereinsregister eingetragen worden waren. Nach dem geltendem Vereinsgesetz ist eine nationale Organisation, deren regionale und örtliche Unterorganisationen nicht ordnungsgemäß im Vereinsregister eingetragen wurden, automatisch als illegal zu betrachten. Die United Malayan National Organisation (Vereinigte Malayische National Organisation) war mit ihren 1,4 Mio. Mitgliedern die größte Partei Malaysias. Sie kontrolliert die aus 13 Parteien bestehende Koalition der Nationalen Front und stellt außer dem Premierminister, Dr. Mahathir Mohamad, die meisten anderen Kabinettsminister. Zu dem lange erwarteten Prozeß, mit dem für alle Seiten unerwarteten Urteil, kam es, weil 11 UMNO-Mitglieder die Ergebnisse der parteiinternen Wahlen vom April 1987 anfechten und vom Gericht für ungültig erklären lassen wollten. Sie begründeten ihre Anfechtung damit, daß an den Wahlen des Vorstandes der Bundespartei 44 Delegierte aus 30 nicht ordentlich registrierten Ortsverbänden der Partei teilgenommen hatten. Premierminister Mahathir wurde damals mit einer 43 Stimmen zählenden Mehrheit von insgesamt 1479 Stimmberechtigten zum Präsidenten der Partei gewählt, was in der augenblicklichen politischen Konstellation auch automatisch die Übernahme des Premierministerpostens bedeutet. Eine Spaltung der UMNO in 2 Lager zeichnete sich bereits in den letz-

ten Jahren ab und der innerparteiliche Machtkampf wurde auf dem Parteitag im April 1987 knapp zugunsten Mahathirs und seines Stellvertreters Ghafar Baba entschieden. Knapp unterlegen waren zwei ehemalige Minister, Musa Hitam und Tengku Razaleigh Hamzah (vgl. SOAI 4/87 S.23ff). Klare inhaltlich-politische Trennungslinien zwischen den Lagern sind allerdings nicht erkennbar. Kurz nach Bekanntwerden des Urteils versicherte Mahathir der Öffentlichkeit, daß damit die Rechtmäßigkeit der Regierung nicht in Frage gestellt sei, da die Parlamentsabgeordneten in direkter Wahl als Individuen gewählt wurden. Auf einer Pressekonferenz am 5.2. sagte er, es sei keine Krise, sondern nur eine technische Angelegenheit und die Situation könne bald bereinigt werden. Schon recht bald stellten sich die Parteien der Regierungskoalition hinter Mahathir, was auf einer Versammlung von 600 Parlamentariern in Bund und Bundesstaaten am 14.2.88 in Kuala Lumpur deutlich demonstriert wurde. Kritiker der Regierung sowie die Oppositionsparteien forderten eine Vertrauensabstimmung im Parlament, sowie sofortige Schritte der Wiederherstellung der UMNO als Partei und die Durchführung eines Parteikongresses, um der Partei eine ordentlich gewählte Führung zu geben. Einer der angesehensten Kritiker der Mahathir-Regierung ist der ehemalige, erste Premierminister Malaysias, Tunku Abdul Rahman. Er hatte bereits die Verhaftungswelle der Regierung vom Okt./Nov. 1987 sowie den Entzug der Lizenzen von 3 Zeitungen scharf als undemokratische Maßnahme verurteilt. Er ist

selbst Vorstandsvorsitzender und prominentester Kolumnist der damals verbotenen, englischsprachigen Tageszeitung "Star". Der unterlegene Herausforderer und Hauptrivale von Mahathir auf dem Parteitag im April 1987, Razaleigh, war anfänglich mit Äußerungen sehr zurückhaltend. Da er jedoch als Drahtzieher der Wahlanfechtung angesehen wird und entsprechenden Angriffen von Seiten Mahathirs und seiner Anhänger ausgesetzt ist, setzte er sich am 15.2. gegen die Verleumdungen seiner Person zur Wehr.

2 Neugründungspläne der UMNO

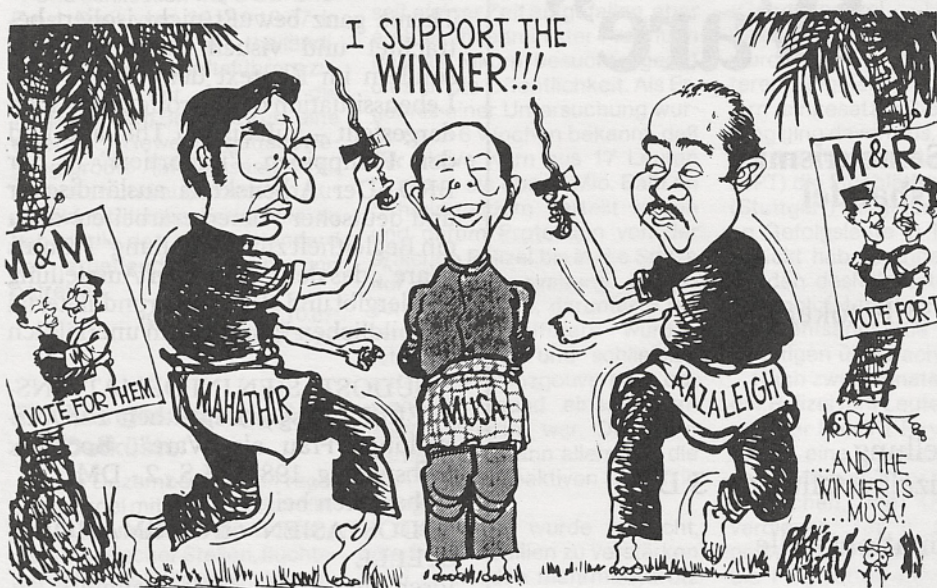
Wenige Tage nach Bekanntwerden der Illegalität der UMNO gründete der Tunku zusammen mit Hussein Onn ein



Tunku Abdul Rahman

vorläufiges Komitee zur Neuregistrierung der UMNO-Malaysia als Nachfolgeorganisation der UMNO. Nach dem Vereinsgesetz kann der Name einer für illegal erklärten Organisation nicht übernommen werden. Er lud alle führenden UMNO-Parteimitglieder ein, dem Komitee beizutreten, um die Parteiorganisation wieder auf legalem Boden aufzubauen. Bereits am 8.2. wurde ein Antrag auf Registrierung eingereicht. Damit schien Mahathir die Initiative zur Wiederherstellung einer Parteiorganisation genommen zu sein und bei seinen Gegnern zu liegen, denn Razaleigh schloß sich ebenfalls diesem Komitee an. 2 Tage später wurde jedoch eine Registrierung ohne Begründung abgelehnt. Die Registrationsbehörde ist dem Innenminister unterstellt, und der heißt Mahathir.

Am 16.2. teilte Mahathir zur Überraschung aller Beobachter mit, daß er die Genehmigung zur Registrierung einer



neuen Partei, der UMNO (Baru) – Baru heißt so viel wie "neu" – erhalten habe. Der Antrag sei am 13.2. gestellt worden, genau nachdem die Deregistrierung der UMNO offiziell in Kraft getreten war. Dabei wurde ebenfalls bekannt, daß aufgrund der noch nicht offiziell in Kraft getretenen Deregistrierung der UMNO der frühere Antrag auf Registrierung der UMNO-Malaysia abgelehnt worden war. Dieser Termin war offensichtlich nur dem Innenminister Mahathir und seinen Anhängern bekannt, so daß sie genau zum richtigen Moment einen berechtigten Antrag stellen konnten. Damit hatte Mahathir vorerst die Initiative zur Legalisierung der Parteiorganisation unter seiner Kontrolle zurückgewonnen. Allerdings werden die Gründer der UMNO-Malaysia noch die Entscheidung der Registrierungsbehörde vor Gericht anfechten.

Auf die Frage von Journalisten an Mahathir, ob alle 1,4 Mio. alten UMNO-Mitglieder auch Mitglieder der "neuen" UMNO werden könnten, antwortete dieser, daß diejenigen, die gegen die Interessen der UMNO gearbeitet hätten, nicht aufgenommen werden würden. Damit sind wohl die Anhänger Razaleighs gemeint, die nach Meinung Mahathirs seine ordentliche Wahl zum Parteipräsidenten nicht akzeptieren würden und mit ihren Wahlanfechtungen der Partei schaden.

Wer erhält die finanzielle Erbmasse ?

Um die Aufteilung der Erbmasse der alten UMNO wird es aber voraussichtlich in der nächsten Zeit noch einige gerichtliche Auseinandersetzungen geben. Die alte UMNO ist als Partei an einer großen Zahl von Wirtschaftsunternehmen direkt oder indirekt beteiligt. Nach Angaben von Beobachtern, ist der Parteiführung selbst nicht genau der Umfang bekannt. Hinzu kommen der indirekte Einfluß auf eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen durch Protektionismus. Nach dem Vereinsgesetz wird das Vermögen einer aufgelösten Organisation einer Sonderstiftung des Finanzministeriums zugeführt oder muß zu gleichen Anteilen an die Mitglieder verteilt werden. Gibt es zu viele Mitglieder, soll es solchen Zwecken zukommen, die dem Teil der Bevölkerung zu Gute kommt, von denen die Mitglieder sich rekrutieren. Am interessantesten scheint dabei die Fleetgruppe zu sein, der zu 50,3 % der Verlag New Straits Times Press gehört. In diesem Verlag erscheinen die wichtigsten malaysischen Tageszeitungen.

zusammengestellt nach FEER v. 18.2. S.12f, 25.2.S.12f, 3.3.s.14f, 10.3.88 S.14+19 und AW 19.2. S.8-10, 26.2.88 S.17f

von Peter Franke

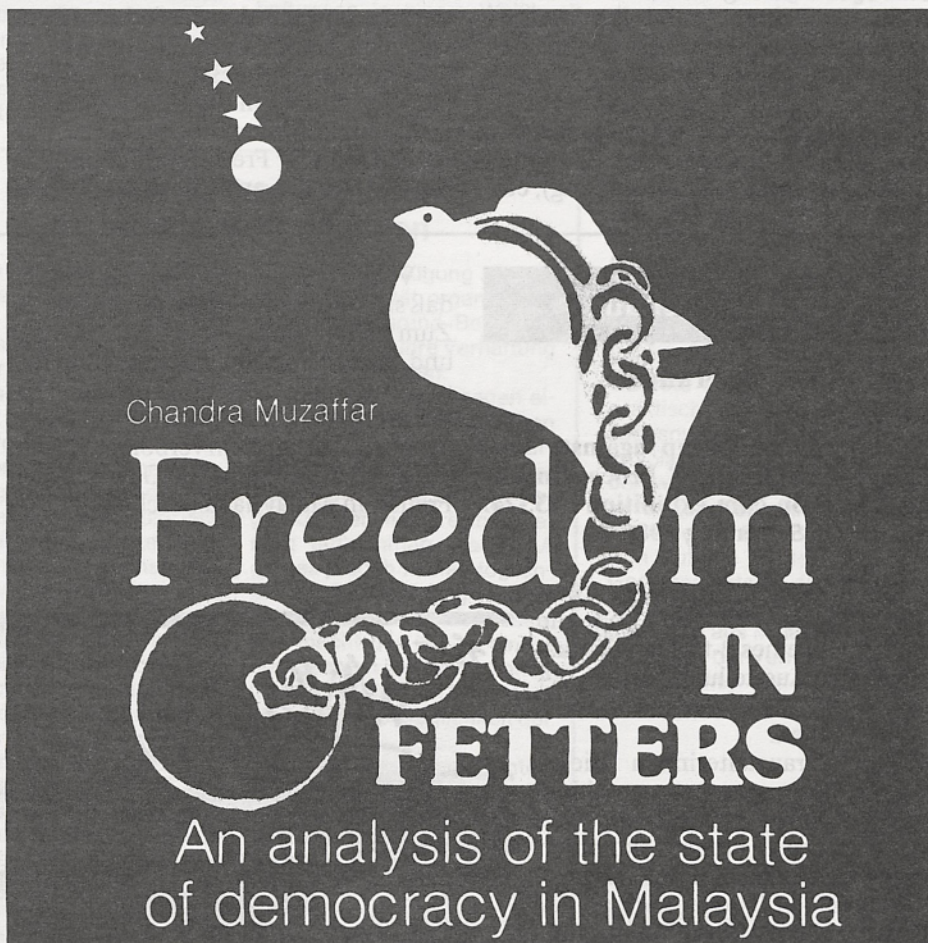
Buchbesprechung:

Chandra Muzaffar Freedom in Fetters - An analysis of the state of democracy in Malaysia, Penang 1986, 352 S.

Wie steht es mit der Demokratie in Malaysia? Auf diese Frage Wie richten sich alle in diesem Buch gesammelten Aufsätze von Chandra Muzaffar, bekannter und respektierter Bürgerrechtler und Gründer ALIRANs, einer der aktivsten Bürgerrechtsorganisationen Malaysias. Es ist charakteristisch für seine faire und überlegte Gangart, daß seine Analyse in einer Formulierung gipfelt, in der die widersprüchli-

weite und die Detailkenntnisse, die in den 30 über einen Zeitraum von 10 Jahren geschriebenen Aufsätzen enthalten sind, gebührend wiederzugeben. Ich möchte hierbei nur drei, wie mir scheint, wichtige Thesen aufgreifen, deren Gültigkeit nicht allein auf Malaysia beschränkt ist.

Erstens zeigt Chandra anhand einer minutiösen Analyse der Gesetzgebung, der politischen Institutionen und der Wahlprozesse auf, daß die Rechtsstaatlichkeit zwar noch besteht, die Freiheit, die sie gewähren soll, jedoch schwer angeschlagen ist. In seinen Worten: "Es gibt etwas Freiheit. Aber diese Freiheit ist gefesselt. Als Ergebnis haben wir in Malaysia eine stark kontrollierte und



aus: Aliran Monthly 1/88

chen Entwicklungen deutlich werden: Freiheit in Fesseln.

Um die Bedeutung dieser Analyse zu erkennen, müssen wir uns vergegenwärtigen, um was für ein Land es sich bei Malaysia handelt: für wesentliche Teile der westlichen Welt um einen "Musterknaben" aus der Dritten Welt, wo das Militär den regelmäßig stattfindenden Parlamentswahlen noch kein Ende gesetzt hat; um ein sogenanntes Schwellenland, dessen ökonomische Entwicklung der Bevölkerung ein hohes Pro-Kopf-Einkommen beschert hat.

Es ist unmöglich, in einer kurzen Besprechung die thematische Reich-

eingeschränkte Demokratie". Die Hauptgefahr sieht er in der Zunahme der Machtkonzentration in den Händen der Exekutive, die wiederum dem Machtanspruch der Regierungspartei (UMNO) völlig ausgeliefert ist. Hinter dieser Regierungspartei steht die malaiische Mittel- und Oberschicht. Um ihre Interessen durchzusetzen, sei die Demokratie fast zu Makulatur geworden. In einem Parlament, in dem die Regierungspartei über eine absolute Mehrheit verfügt, eignet sich die Gesetzgebung

vorzüglich als Kontrollinstrument. Chandra listet auf: Printing and Publishing Bill 1984, Dangerous Drugs Bill